

Bündniszeitung Menschenrechte grenzenlos



Derechos Humanos sin fronteras

حقوق الانسان بلا حدود

sınırsız İnsan hakları

Права человека без ограничений

حقوق بشر مرزی نمی شناسد

Ljudska prava bez granica

Human rights without limits

ადამიანის უფლებები საზღვრების გარეშე

Mafên mirovan bêsinor

Droits de l'homme sans limites

ما فوو بی سنه ورو مه روو فی

Grußwort

Frei und gleich an Würde und Rechten: 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Dr. Petra Follmar-Otto, Deutsches Institut für Menschenrechte



Am 10. Dezember 1948 verkündete die Generalversammlung der Vereinten Nationen in Paris die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Zum ersten Mal wurden damit – in Reaktion auf die Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus und die Schrecken der beiden Weltkriege – mit weltweiter Gültigkeit die grundlegenden Rechte aller Menschen anerkannt.

Seit der Verkündung der Allgemeinen Erklärung ist vieles erreicht worden: Heute ist die Todesstrafe in 104 Ländern verboten, 1948 war sie nur in neun. Fast überall auf der Welt können Kinder zur Schule gehen. Die Sklaverei ist überall gesetzlich abgeschafft. Heute berufen sich Menschenrechtsaktivist*innen weltweit auf die durch den internationalen Menschenrechtsschutz garantierten Rechte aller Menschen. Sie sind zugleich aber konfrontiert mit einer Welt, in der Menschenrechte verletzt und missachtet werden und Menschen ihre Rechte grundlegend abgesprochen und verweigert werden.

Menschenrechte müssen erkämpft werden

Schon in der Entstehungsgeschichte der Allgemeinen Erklärung zeigt sich dieser Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Zwar waren Menschen unterschiedlicher Herkunft aus allen Weltregionen an der Entstehung der Erklärung beteiligt. Doch wurden die weltweite Freiheit und Gleichheit aller Menschen zu einem Zeitpunkt verkündet, als weite Teile Afrikas und Asiens noch unter europäischer Kolonialherrschaft standen und die rassistische Segregation in den USA gesetzlich zementiert war. Die Sowjetunion beteiligte sich zwar an den Verhandlungen,

distanzierte sich aber bei der Verabschiedung der Erklärung bereits durch Stimmenthaltung. Homosexualität stand in vielen (insbesondere westlichen) Ländern unter Strafe. Noch bis in die 1970er Jahre diskriminierte das bundesdeutsche Familienrecht ausdrücklich Frauen. Erst seit 2016 steht das sexuelle Selbstbestimmungsrecht des Opfers in Deutschland im Zentrum des Vergewaltigungstatbestandes („Nein heißt Nein“). Und selbst, wenn Ungleichheiten in Gesetzen beseitigt sind, können gesellschaftliche Ausschlüsse und Barrieren dazu führen, dass nicht alle Menschen ihre Rechte gleichermaßen wahrnehmen können – seien es die physischen und strukturellen Barrieren, die Menschen mit Behinderungen an der Teilhabe hindern, seien es rassistische und homo- und transfeindliche Diskriminierung und Gewalt.

Menschenrechte müssen verteidigt werden

Deswegen gilt: Das Recht, sich frei zu bewegen, sich zu informieren und seine Meinung zu äußern, der Schutz vor Diskriminierung, vor willkürlicher Inhaftierung, vor sexualisierter Gewalt und Folter, vor Ausbeutung und Sklaverei, das Recht auf Leben, die Rechte auf Zugang zu Gesundheitsversorgung und angemessenem Wohnraum, das Recht, Schutz vor Krieg und Verfolgung zu suchen – all diese Errungenschaften müssen immer wieder erkämpft und verteidigt werden. Dabei sind alle Menschenrechte untrennbar miteinander verwoben – es gibt keine weniger wichtigen Menschenrechte, die in schwierigen Zeiten verzichtbar wären. Wer Freiheitsrechte und rechtstaatliche Garantien gegen mehr Sicherheit eintauschen will, setzt seinen Schutz vor staatlicher Durchdringung aller Lebensbereiche und willkürlichen Maßnahmen aufs Spiel. Wem soziale Rechte verweigert werden und wer täglich um

eine menschenwürdige Existenz kämpfen muss, wird auch seine politischen und bürgerlichen Rechte schwerlich wahrnehmen können. Und: Menschenrechte können niemals Rechte Einiger sein - chauvinistischer Nationalismus ist mit ihnen nicht zu machen.

Kontakt: info@institut-fuer-menschenrechte.de



© Sri Hartini Santo

In euren Händen haltet ihr die dritte Ausgabe der Bündniszeitung „Menschenrechte grenzenlos“!

Wir, verschiedene soziale, kulturelle und politische Gruppen aus Hannover, haben uns vor drei Jahren zu einem Bündnis zusammengeschlossen, um uns aktiv für die Umsetzung der Menschenrechte einzusetzen.

70 Jahre Menschenrechte?!

Anlässlich des 70. Jahrestages wollen wir das Konzept der Menschenrechte kritisch hinterfragen. Heute werden tagtäglich weltweit und in Europa immer noch Menschenrechtsverletzungen begangen. So werden beispielsweise, mit dem Hinweis auf Terrorbekämpfung, in Deutschland

„Eine kritische Auseinandersetzung mit Menschenrechten ist in Zeiten des Rechtspopulismus nicht einfach, weil es zunehmend auch darum geht die Idee der Menschenrechte zu verteidigen. In diesem Gespräch soll aber genau dies versucht werden: eine kritische Auseinandersetzung mit der Idee der Menschenrechte, hier insbesondere dem Vorwurf des Eurozentrismus.“



Prof. Dr. Nivedita Prasad, Professorin für Soziale Arbeit und Menschenrechtsaktivistin

Editorial

Wir schauen genau hin!

Hiltrud Koch, Amnesty International und Kathrin Apelt, kargah e. V.

Grundrechte eingeschränkt, sicher geglaubte Errungenschaften wie das Asylrecht oder die Genfer Flüchtlingskonvention ausgehöhlt und rechts-populistische und rassistische Übergriffe häufen sich.

Wir möchten globale Zusammenhänge und die Ursachen von Menschenrechtsverletzungen aufzeigen. Dabei kritisieren wir insbesondere unsere Wirtschaftsweise, die direkten Einfluss auf die Lebensumstände (Umweltzerstörung, Ausbeutungsverhältnisse u. v. m.) vieler Menschen in der Welt hat. Angesichts von Millionen, die im Krieg oder auf der Flucht im Mittelmeer sterben, unter Hunger und Unterdrückung leiden, reicht es nicht, die Umsetzung der Menschenrechte den Staaten zu überlassen. Als Zivilgesellschaft müssen wir gemeinsam aktiv werden!

Schreiben für die Menschenrechte

Mit unserer Bündniszeitung möchten wir einen tieferen Einblick in verschiedene Menschenrechtsthemen geben. Die Weiterentwicklung von Kinder-, Frauen- und Bildungsrechten wird ebenso unter die Lupe genommen wie aktuelle

internationale Thematiken: Ob das neue niedersächsische Polizeigesetz, die Pressefreiheit und die unmenschliche Asylpolitik in Deutschland oder Menschenrechtsverletzungen in Israel/Palästina, Bangladesch oder auf den Philippinen. Kritische Fragen nach den Zusammenhängen von Menschenrechtsverletzungen und Ursachen von Fluchtbewegungen werden gestellt, gute Beispiele für Engagement gezeigt.

Aktiv und kritisch! Veranstaltungsreihe 2018

Wir führen eine lebhafte Diskussion und tragen diese in die Stadt. Wir wollen mit euch diskutie-

Menschenrechte – eine Idee und ihre Umset- zung auf dem Prüfstand

Die beiden Referent*innen Nivedita Prasad und Miltiadis Oulios diskutieren das Konzept Menschenrechte in einem politisch-philosophischen Streitgespräch.

Am 23.11. 19:00 Uhr Kulturzentrum Pavillon

ren und selbst aktiv werden! Vom 7. November bis 12. Dezember 2018 veranstalten wir rund um den Tag der Menschenrechte in ganz Hannover ein vielfältiges Programm mit Filmvorführungen, Vorträgen, Workshops und Ausstellungen (das gesamte Programm findet ihr in der Spalte rechts auf jeder Seite). Bei unserer gemeinsamen Bündnisveranstaltung am 23. November diskutieren wir mit Expert*innen über die Tragfähigkeit des Konzepts Menschenrechte. Darauf aufbauend laden wir am 24. November zu einem Aktions- und Workshop ein, bei dem Aktivist*innen Einblicke in ihre Arbeit auf dem Mittelmeer, in Syrien und hier vor Ort geben.

Wir freuen uns darauf, mit euch zu diskutieren, uns zu vernetzen und aktiv zu werden!



Miltiadis Oulios, Autor von u. a. „Blackbox Abschiebung“

„So notwendig die Verteidigung der Menschenrechte ist, so unbefriedigend bleibt sie. Menschenrechte sind zu wenig, wenn es um Fragen der nationalen und globalen Umverteilung geht, um die Ermöglichung legaler Migrationswege, um die Entwicklung eines Begriffs globaler Bürgerrechte, der eine Antwort auf die drängenden, sozialen Fragen unserer Zeit liefern kann.“

Toute personne a droit à la liberté de pensée, de conscience et de religion*

* Die Übersetzung finden Sie auf Seite 3

We take a close look!

نقوم بمراقبة الوضع بدقة!

You are holding the third edition of the newspaper by our network „Menschenrechte grenzenlos – Human Rights without borders“.

We are different social, cultural, and political groups from Hanover, that got together three years ago to organize for human rights and to strengthen civil society's commitment.

70 years of Human Rights?!

On the occasion of the 70th anniversary, we want to take a critical look at the concept of human rights and get active. Still today, human rights violations happen day after day – throughout the world, including in Europe. Considering the millions of people dying through war or on the Mediterranean while fleeing, who suffer from hunger and repression, it is not enough to leave the realization of human rights up to the state or the UN. We must act as civil society!

Writing for Human Rights

Through our newspaper, we want to provide an in depth insight into the different human rights topics. We cover the range from children's and women's rights, the right to education and health to international issues. We ask critical questions about the connections between human rights' violations and the causes for migration and flight, we show positive examples of commitment for human rights.

Active and critical – Human Rights events 2018

We have a lively discussion about current human rights issues and take this into the city with this newspaper and with a series of events around (International Human Rights day on) December 10th. Starting November 7th until December 12th 2018, we offer film screenings, lectures, workshops and exhibits in different locations throughout Hanover.

We are looking forward to discussing, networking, and becoming active with you!

الطريقة النشطة والنقدية! - سلسلة الفعاليات 2018

نقوم باجراء نقاش حي حول مسائل حقوق الانسان الراهنة وننقل هذا النقاش إلى المدينة- مع هذه الجريدة وسلسلة متنوعة من الفعاليات حول ال 10 من ديسمبر. ابتداء من ال 7 من نوفمبر وحتى ال 12 ديسمبر 2018 نقدم عروض أفلام، محاضرات، ورش عمل ومعارض في أماكن شتى في كامل مدينة هانوفر.

يسرنا أن نقاش معكم وندخل فيما بيننا في شبكة من التعاون والنشاط!

§ 1 Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

Jede*r Einzelne verdient Achtung und Respekt. Ohne Ausnahme!

Haiku

von Anja Lutz



في أيديكم الآن الإصدار الثالث من جريدة اتحادنا "حقوق الانسان بلا حدود". نحن، مجموعات اجتماعية، ثقافية وسياسية مختلفة من هانوفر، قبل ثلاث سنوات اتحادنا، لكي نكرس أنفسنا بقوة لأجل تطبيق حقوق الانسان ولكي نقوي من المساهمة والالتزام المواطني.

70 عاما تمر على حقوق الانسان!؟

بمناسبة ذكرى يوم حقوق الانسان ال 70. نود أن نطرح أسئلة نقدية على خطة حقوق الانسان وأن نصبح أنفسنا نشيطين في هذا المجال. حتى في يومنا هذا فإنه يوميا يجري انتهاك حقوق الانسان- على مستوى العالم أجمع وكذلك في أوروبا. وحينما يموت الملايين من الناس في الحروب أو أثناء هروبهم في البحر المتوسط، ويعانون الجوع والقمع، فإنه ليس بكافي أن نترك تطبيق حقوق الانسان والالتزام بها للدولة التي نعيش فيها وللامم المتحدة. وكمجتمع مدني علينا أن نصبح فعالين سوياً!

الكتابة لأجل حقوق الانسان

بجريدتنا الاتحادية هذه نود أن تمنحك نظرة أعمق إلى المواضيع المختلفة لحقوق الانسان. ممد بقوس للمواضيع بادئين بحقوق الاطفال، النساء- وحقوق التعليم وحتى نصل إلى المشاكل العالمية. أسئلة ناقدة يتم طرحها فيما يتعلق بالعلاقات بين انتهاك حقوق الانسان ومسببات حركات الهروب والنزوح، ويجري كذلك عرض أمثلة جيدة عن الالتزام والمشاركة المجتمعية.

Medizinische Beratung für Menschen ohne Papiere

„Wer übernimmt ab heute die Tasche?“

Annika Birkin, MediNetz Hannover e. V.

Diese Frage stellt sich jede Woche. Die Tasche zu übernehmen bedeutet, für eine Woche Besitzer*in eines Ordners voller Informationen und eines Nokia-Mobiltelefons zu sein, und vor allem, für eine Woche die Verantwortung für die Anrufe bei MediNetz zu übernehmen: Anfragen von Menschen, die keine Krankenversicherung und deswegen mit zum Teil enormen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Es gibt viele Menschen in Deutschland ohne sicheren Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Das betrifft zum Beispiel geflüchtete Personen mit abgelaufenem Visum oder Menschen, die aus Angst vor Ablehnung ihres Asylantrags bei keiner Behörde gemeldet sind. Aber auch einige Personen aus dem europäischen Ausland oder Obdachlose fallen durch das Raster der Gesundheitsversorgung.

Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht

Die Sicherheit, sich im Falle einer Krankheit Hilfe suchen zu können, sollte eigentlich für alle Menschen gegeben sein. Doch dies ist häufig leider nicht der Fall.

Gesundheit und medizinische Versorgung dürfen nicht vom Aufenthaltsstatus abhängig sein. Deswegen unterstützen wir Personen, die von diesem Grundrecht ausgeschlossen werden. Sie können uns telefonisch und in unserer offenen Sprechstunde kontaktieren. Wir vermitteln ihnen die notwendige medizinische Versorgung und auch Rechtsberatung. Wir übernehmen teilweise Kosten, die sie auf Grund ihrer prekären Lage nicht selbst tragen können. Um diesen Menschen

zu helfen, sind wir auf Spendengelder sowie die Unterstützung anderer Träger angewiesen.

Die Anzahl und die Komplexität der Anfragen und Fälle variiert von Woche zu Woche. Oft können wir die Personen problemlos an eine(n) der niedergelassene(n) Ärztinnen und Ärzte, die mit uns kooperieren, vermitteln. Wir sind sehr dankbar, dass es einige Ärzt*innen gibt, die sich bereit erklären, Menschen in Not kostenlos zu behandeln.

Wir sichern den Schutz der Anonymität zu. Das Modellprojekt des „Anonymen Krankenscheins“, finanziert durch das Niedersächsische Sozialministerium, läuft seit 2016 in Hannover und Göttingen und hat in den letzten Jahren viele Betroffenen ohne Krankenversicherung auffangen können.

Ende des Anonymen Krankenscheins – was dann?

Das dreijährige Pilotprojekt, dessen Vorteile sich bei der Arbeit vom MediNetz regelmäßig gezeigt haben, läuft Ende des Jahres 2018 aus. Wie es dann weitergeht, kann niemand genau sagen.

Doch stellen wir uns einmal vor, der Anonyme Krankenschein würde alternativlos eingestampft. Dann würde dies bedeuten, dass noch mehr Menschen auf das MediNetz angewiesen wären. Die dadurch anfallenden Mehrkosten könnten kaum durch die Spendengelder gedeckt werden. Damit wären Hilfesuchende wieder primär von dem reduzierten Budget gemeinnütziger Organisationen abhängig. Es bestünde die Gefahr, dass manchen Menschen vielleicht nur unzureichend oder gar nicht geholfen werden könnte. Diese erschreckende Vorstellung ist eine Rückentwicklung. Wir hoffen, dass es auch nach Ablauf des Projektes eine Alternative geben wird, die Menschen ohne Krankenversicherung auffangen kann.

Unser Wunsch ist, dass gemeinnützige Vereine und Organisationen wie das MediNetz irgendwann überflüssig sind, weil der Staat sich um die Gesundheitsversorgung derer kümmert, die bis jetzt gnadenlos durchs Raster fallen.

Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht. Der Staat ist in der Verantwortung, den Zugang zu einer medizinischen Versorgung allen sozialen Gruppen, unabhängig von ihrer Herkunft, besonders in prekären Lebenslagen, zu gewährleisten.

Kontakt: Medinetz-Hannover@gmx.de



© Karsten Maatz



Ende der Willkommenskultur?

Rigide Abschiebungspraxis in Niedersachsen

Sebastian Rose, Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V.

© CC BY-SA 2.0, Botho

2013 verkündete die damalige niedersächsische rot-grüne Landesregierung einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik. Dazu zählten auch der Verzicht auf Abschiebungen zur Nachtzeit, auf unangekündigte Abholungen von Familien mit Kindern und auf Familientrennungen. Fünf Jahre später ist von diesem Ansatz nichts mehr übrig. Längst hat der Bundesgesetzgeber es den Ländern gesetzlich verboten, Abschiebungen anzukündigen. Abschiebungen zur Nachtzeit sind auch in Niedersachsen wieder zur Regel geworden.

Rabiate Methoden

Auch die rabiaten Methoden aus Schünemann'schen Zeiten sind zurück. Im Frühjahr 2018 schob Niedersachsen den Ehemann einer schwer kranken und suizidgefährdeten 61-jährigen Frau nach Aserbaidschan ab, deren Tochter seit vielen Jahren in Niedersachsen lebt und hier verwurzelt ist. Da keine minderjährigen Kinder beteiligt waren, war der Akt der Trennung auch vom geltenden niedersächsischen Rückföhrungs-erlass gedeckt. Die Frau reagierte geschockt, ein mehrwöchiger stationärer Aufenthalt in der Psychiatrie schloss sich an. Dabei hatte der zuständige Landkreis der Frau 2014 aufgrund ihrer Erkrankung zunächst ein befristetes Aufenthalts-

recht bis 2015 erteilt. Bei der Entscheidung über die Verlängerung hielt die Verwaltung es nun aber nicht mehr für erforderlich, das Gesundheitsamt überhaupt einzubeziehen, um den Gesundheitszustand zu überprüfen.

Dass dieses Vorgehen kein Einzelfall ist, erlebt der Flüchtlingsrat Niedersachsen in seiner täglichen Arbeit. Fast jeden Tag gehen teilweise schockierende Berichte über Abschiebungen oder in letzter Sekunde abgebrochene Abschiebungsmaßnahmen ein. Auch die Dublin-Regelung, die selbst die Bundeskanzlerin wiederholt als gescheitert bezeichnet hat, wollen Niedersachsen und der Bund um jeden Preis umsetzen.

Unmenschliche Abschiebungspraktiken

Im ersten Halbjahr 2018 eskalierte die Dublin-Abschiebung einer fünfköpfigen afghanischen Familie nach Schweden: Die schwangere Mutter musste in ein Hospital eingeliefert werden. Die beteiligten Beamt*innen drangen frühmorgens in das Haus ein, ohne zu klingeln. Da eine Verständigung mit der Familie nicht möglich war, wurden zwei benachbarte iranische Asylbewerber*innen aus dem Schlaf gerissen, die bei der

Sprachmittlung helfen sollten. Eine Unterstützerin der Familie durfte erst nach über einer halben Stunde gerufen werden. Die gesamte Familie, die Freund*innen und die ehrenamtlichen Unterstützer*innen waren fassungslos über die Ruppigkeit des Einsatzes und reagierten empört.

Diese unmenschliche Handhabe zur Durchsetzung der Ausreisepflicht einer Familie nach Schweden reiht sich ein in andere Praktiken, die der Flüchtlingsrat Niedersachsen regelmäßig beobachtet. Dazu zählen etwa das rabiate Eindringen in Wohnungen mit Zweitschlüsseln und massive Gewalt bei Abschiebungsmaßnahmen.

Im ersten Halbjahr 2018 hat Niedersachsen 784 Personen abgeschoben (siehe Bundestags-Drucksache 19/3702). Damit liegt Niedersachsen auf Platz 6 der Bundesländer.

Kontakt: nds@nds-fluerat.org

Am 09.11. um 14:00 Uhr lädt der Flüchtlingsrat Nds. zur zweiten Verleihung des Fluchthilfepreises in seiner Geschäftsstelle (Röpkestraße 12) ein.

NOVEMBER

VORTRAG MI, 07.11. | 19:30



© Patricia Gualinga

„DIE WELT IM ZENIT“ – GRUPO SAL UND PATRICIA GUALINGA AUS SARAYAKU

Vortrag mit Musik

The world at the zenith – Grupo Sal and Patricia Gualinga from Sarayaku
Lecture with music

محاضرة وموسيقى حول الكفاح الناجح لشعوب كيشوا الاصلية في الاكادور ضد دخول شركات النفط في اراضيها

Veranstalter*innen:
Agenda 21 - und Nachhaltigkeitsbüro, JANUN e. V., Ev.- luth. Missionswerk in Nds e. V., FZH Linden, Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds.

Veranstaltungsort:
Freizeitheim Linden
Windheimstraße 4
8 €, mit HannoverAktivPass 4 €

DISKUSSION DO, 08.11. | 19:00

„DIE AUSGEBLENDETE VIELFALT“

Vortrag und Diskussion

Opening discussion:
The disregarded diversity
Speech and discussion

التنوع المخفي
نقاش حول التنوير وحقوق الانسان في الفضاء الثقافي الاسلامي

Veranstalter*innen:
Faust e. V., gefördert durch den Gesellschaftsfonds Zusammenleben (GFZ), der Stadt Hannover und weitere Kooperationspartner*innen

Veranstaltungsort:
Faust e. V.
Warenannahme
Zur Bettfedernfabrik 3
Eintritt: frei

PREIS FR, 09.11. | 14:00

2. VERLEIHUNG DES FLUCHTHILFEPREISES

2. Presentation of the refugee help prize

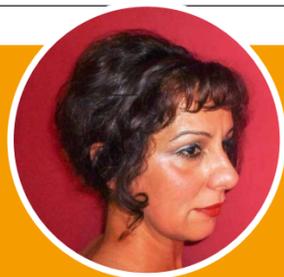
2. منح جائزة مساعدة الفرار
منح جائزة مساعدة الفرار التي بها تمنح الانجازات البارزة لضمان الوصول لحق اللجوء في المانيا

Veranstalter*innen:
Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V.

Veranstaltungsort:
Geschäftsstelle Flüchtlingsrat
Niedersachsen e. V.
Röpkestraße 12
Eintritt: frei

Gedicht

von Tahere Asghary



آنان که به اقیانوس های مرگ و
تبعید رفتند
در قلب من صدا می زنند
کمک کنید
و من شب ها
از خوابیدن می ترسم
آنها هنوز زوزه می کشند
Diejenigen,
die in den Ozean
des Todes
und Exils gingen ...
... sie rufen noch
nach Hilfe
in meinem Herzen.
Nachts habe ich
Angst vor dem Einschlafen.
Sie heulen noch ...

اقیانوسی
که رویاها را می خورد
طاهره اصغری
Ozeane
verschlingen
Träume.

Übersetzungen: Kopfzeilen Menschenrechtsartikel

Als Überschriften für jede Doppelseite haben wir einen thematisch passenden Artikel aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) auf verschiedenen Sprachen ausgewählt.

Hier finden Sie die jeweilige deutsche Übersetzung:

Toute personne a droit à la liberté de pensée, de conscience et de religion

Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Artikel 18, Seite 2)

لكل فرد الحق في أن يلجأ إلى بلاد أخرى أو يحاول الالتجاء إليها هرباً من الاضطهاد

Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen (Artikel 14, Seite 4)

Herkes xwedi mafê jiyan, azadi û ewleyiya şexsê xwe ye

Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person (Artikel 3, Seite 6)

All human beings are born free and equal in dignity and rights

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren (Artikel 1, Seite 8)

Todo individuo tiene derecho a la libertad de opinión y de expresión

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinung und Meinungsäußerung (Artikel 19, Seite 10)

لكل فرد الحق في أن يلجأ إلى بلاد أخرى أو يحاول الالتجاء إليها هرباً من الاضطهاد*

* Die Übersetzung finden Sie auf Seite 3



© Mascha Grünhagen

Hürden ehrenamtlicher Flüchtlingsarbeit

Was machst du in deiner Freizeit? Ich helfe Flüchtlingen – AHA!

Sylvia Grünhagen, Leiterin der Geschäftsstelle beim Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e. V.

Viele ehrenamtliche Unterstützer*innen helfen auch im Jahr 2018 Geflüchteten, die in Hannover ankommen. In Nachbarschaftskreisen haben sich Menschen rund um die Unterkünfte in den Stadtteilen organisiert, um den Ankommenden direkt in ihrer Umgebung zu helfen. Rund 4.200 Geflüchtete sind es derzeit in Hannover, sie stammen aus mehr als 60 Nationen und leben entweder in den über die Stadt verteilten Unterkünften oder in eigenen Wohnungen. Wer neu in Hannover ankommt, oder noch nicht so lange hier in Deutschland lebt, vielleicht auch einen ungeklärten Aufenthaltsstatus hat, braucht häufig ehrenamtliche Unterstützung. Es geht beispielsweise um Hilfe beim Deutschlernen sowie dem Lesen und Verstehen von Behördenbriefen. Auch die Suche nach einer eigenen Wohnung, einer pas-

senden Ausbildung oder einem Job ist schwer - und ohne Hilfe kaum zu bewältigen. Es zeigt sich ziemlich bald, dass das, was die offiziellen Stellen anbieten beziehungsweise anbieten können, bei weitem nicht ausreicht. Ohne ehrenamtliche Hilfe geht es nicht!

2015 gab es großes Lob, wie toll die Bevölkerung die Ankommenden unterstützt. Drei Jahre später stellt sich das nicht selten anders dar: Im freundlichen Fall gibt es die Antwort „AHA“, aber auch „Hast du sonst nichts zu tun? Bringst du denen bei, wie man sich in Deutschland benimmt?“ und „Ist ja schon schlimm, was da in XY passiert ist ...“. Äußerungen wie diese ermuntern nicht gerade dazu, sich in der Flüchtlingsarbeit zu engagieren. Viele spüren so einen immer größeren Rechtfertigungsdruck, Anerkennung und Wert-

schätzung für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe gehen allmählich zurück. Trotzdem ist eines sehr klar: Noch immer leisten hoch engagierte Menschen in ihrer Freizeit wertvolle und nach wie vor notwendige Unterstützung beim Ankommen und der Integration von Geflüchteten, auch hier in Hannover.

„Kommen denn noch welche?“

Ja, natürlich! Zwar kommen längst nicht mehr so viele Menschen nach Deutschland wie 2015, aber die Fluchtgründe sind nicht weniger geworden. Hilfe zur Integration braucht auch Zeit – mit einem halben Jahr ist es nicht getan, wenn die Integration erfolgreich sein soll. Ohne ehrenamtliche Flüchtlingshelfer*innen geht es nicht, und deren Unterstützung in ihrer Freizeit ist genauso wertvoll und wichtig wie alle andere ehrenamtliche Arbeit.

Das Heraufbeschwören einer Drohkulisse: „WIR müssen uns schützen!“ sowie eine von einigen Politiker*innen einseitig polemisierende Abschottungspolitik überlagern die erschütternden Informationen zu den Fluchtursachen und legen sich wie ein Schatten über die grundsätzliche Hilfsbereitschaft vieler Menschen in unserem Land. Und - sie führen dazu, dass sich mittlerweile leider weniger Menschen finden, die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe leisten möchten. Das macht es zusätzlich schwer für die vorhandenen ehrenamtlichen Helfer*innen. Ja, es kommen Menschen hier an, die Asyl in unserem Land bekommen möchten und ja, diese Menschen brau-

chen Hilfe dabei. Und die Helfer*innen, die 2015 noch so gelobt wurden, brauchen auch weiterhin die Anerkennung und Wertschätzung für das, was sie tun.

Mehr Helfer*innen in der Flüchtlingsarbeit = mehr Verständnis füreinander = mehr Integration

Wir rufen dazu auf, die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer*innen zu unterstützen! Traut euch! Lernt die ankommenden Menschen und ihre Geschichte kennen! Die ehrenamtliche Hilfe von Geflüchteten bereichert das eigene Leben, erweitert den Horizont und fördert zudem das Verständnis für das Anderssein und ein besseres Miteinander!

Kontakt: sylvia.gruenhagen@uf-hannover.de

Artikel 7 UN-Menschenrechtskonvention:

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.

§ 14 Asylrecht

Ein Mensch ist in Not!
Fasse Mut, es gibt Zuflucht.
Das Haus steht offen.

Haiku

von Anja Lutz



Migrantische Selbstorganisation

„Menschenrechte stehen jedem von Geburt an zu!“

Wolfgang Becker, MiSO-Netzwerk Hannover – ein Zusammenschluss von 40 Migrant*innenvereinen

MiSO ist eine Institution von und für Migrant*innen, die sich für ein gleichberechtigtes Zusammenleben einsetzen. Menschenrechte spielen dabei eine große Rolle.

„Menschenrechte sind ein Schlüsselthema in einer modernen Zivilgesellschaft“, sagt MiSO-Vorstand Dang Chau Lam: „Die Achtung der Menschenwürde ist die Basis der Rechtsstaatlichkeit.“ Lam leitet das Vietnam-Zentrum Hannover e. V., das sich seit 1986 in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit sowie dem Einsatz für die Menschenrechte in Vietnam engagiert.

Seit 2010 gibt es MiSO - das MigrantInnenSelbst-Organisations-Netzwerk Hannover. Damals von zunächst 24 Organisationen gegründet, hat der gemeinnützige Verein derzeit bereits 40 Mit-

glieder. „Das MiSO-Netzwerk möchte eine starke Stimme bei der Gestaltung einer zukunftsfähigen Wir-Stadtgesellschaft haben“, heißt es auf der Website www.miso-netzwerk.de: „Es strebt danach, mehr Einfluss auf die Politik in der Landeshauptstadt auszuüben und bietet sich als kompetenter Gesprächspartner bei Fragen der interkulturellen Öffnung und Gleichberechtigung an.“

„Wir sind interkulturell und arbeiten demokratisch und antirassistisch“, so die Selbstdarstellung weiter: „MiSO ist parteipolitisch- und religionsunabhängig. Durch die Vernetzung untereinander, die Interessenvertretung gegenüber politischen Instanzen und das außergewöhnliche Engagement für die Gestaltung einer authentischen pluralistischen Gesellschaft wird MiSO zu einem Markenzeichen und Vorbild.“

MiSO-Vorstand Lipi Mahjabin Ahmed ist die Leiterin der Initiative Internationaler Kulturaustausch IIK e. V. „Menschenrechte von Migranten und Flüchtlingen werden hierzulande immer noch ignoriert“, meint sie: „Obwohl ich seit 26 Jahren in Deutschland lebe, werde ich immer noch als Migrantin wahrgenommen.“

Abayomi Bankole, ebenfalls Mitglied des siebenköpfigen MiSO-Vorstandes, lebt schon seit 1972 in Hannover. „Menschenrechte sind angeboren. Die müssen nicht erkämpft werden“, sagt der gebürtige Nigerianer und Präsident des Afrikanischen Dachverbandes Nord e. V., „sie stehen jedem von Geburt an zu!“

Kontakt: info@misonetz.de

Rechte geflüchteter Kinder stärken

Die Ordnungswut hat einen Namen: „Familiennachzugsneuregelungsgesetz“

Janusz Korczak Humanitäre Flüchtlingshilfe e. V.

Was sich hinter diesem Gesetzeswerk der schwarz-roten Koalition für Menschen mit subsidiärem Schutz verbirgt, genauer gesagt, was es für die betroffenen Familien bedeutet, bringt UNICEF in seiner Stellungnahme zu diesem Gesetz eindeutig auf den Punkt: „Aus dem Grundrecht auf Familie wird ein Gnadenrecht des Staates. Der Gesetzentwurf ist unions-, völkerrechts- und verfassungswidrig.“ Subsidiärer Schutz bedeutet, dass eine Person nicht als individuell verfolgt gilt, ihr aber in ihrer Heimat Folter, anderweitige unmenschliche Behandlung oder die Todesstrafe drohen, oder in deren Land Krieg herrscht.

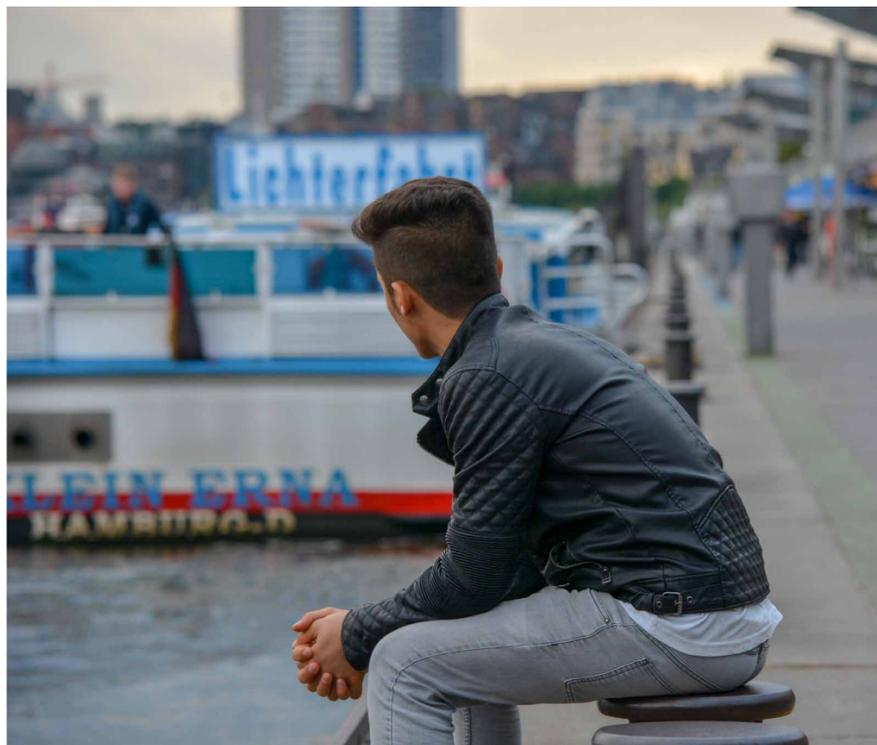
Grundsätzlich können Ehepartner*innen, minderjährige Kinder und Eltern von Minderjährigen Familiennachzug beantragen, einen Rechtsanspruch gibt es jedoch nicht mehr. Stattdessen müssen die Betroffenen einen Härtefall nachweisen und dabei humanitäre Gründe (Gefährdung, Krankheit, etc.) belegen, nachrangig kommen auch Integrationsaspekte zum Tragen.

In einer Pressemitteilung nannte Pro Asyl das Gesetz ein „Glücksrad Familiennachzug“.

Kindeswohl bleibt auf der Strecke

Die UN-Kinderrechtskonvention legt die Messlatte für staatliches Handeln: Diese räumt dem Kindeswohl eine vorrangige Berücksichtigung bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen ein (Art. 1). Diesem Prinzip wird die neue Regelung in keinsten Weise gerecht.

Die Zuwendung der Familienangehörigen, ein sicheres Zuhause und die Hoffnung auf eine gute Zukunft bilden die beste Starthilfe für Kinder. Junge Menschen mit Fluchterfahrungen sind besonders verletzlich und brauchen Rückhalt von vertrauten Personen, um die belastenden Erlebnisse zu verarbeiten. Solange ihre Gedanken um die getrennten Familienangehörigen kreisen, ist es für die meisten Kinder schwer, sich auf ihre neue Lebenssituation einzulassen und nach vorne zu schauen, schreibt UNICEF. Oder, wie ein



15-jähriger syrischer Junge in Hannover sagt: „Ich brauche meine Familie, meinen Bruder, meine Schwester, meine Mutter, ich habe sie drei Jahre nicht gesehen. Ich kann nicht ohne meine Familie sein. Und ich habe so viele Leute gesehen, deren Familien hierhergekommen sind, und nur ich habe keine Familie. Und warum habe ich nur ein Jahr [subsidiären Schutz] bekommen?“ Laut UNICEF muss alles getan werden, um die Einheit der Familie zu wahren, damit geflüchtete Kinder und Jugendliche bestmöglich geschützt werden.

Recht auf Familiennachzug muss eingelöst werden

Jedes geflüchtete Kind ist eine eigenständige Persönlichkeit mit besonderen Bedürfnissen und

mit eigenen Rechten – so wie jedes Mädchen und jeder Junge auf der Welt. Es muss gehört werden und hat das Recht auf Schutz, auf Bildung und gute Gesundheitsversorgung sowie auf eine kindgerechte Umgebung mit seiner Familie. Aus diesem Grund besagt die Kinderrechtskonvention, dass ein Vertragsstaat „... von einem Kind oder seinen Eltern zwecks Familienzusammenführung gestellte Anträge (...) wohlwollend, human und beschleunigt bearbeitet.“ (Art. 10) Die Einlösung dieses Rechts auf Familiennachzug ist eine wichtige Voraussetzung für das Heimisch-Werden der vielen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Deutschland!

Kontakt: jkvhannover@gmx.de

VORTRAG DI, 13.11. | 19:00

„GAZA UND SDEROT - LEBEN BEIDERSEITS DER GRENZE“

Vortrag der Aktivistin Roni Keidar

Life on both sides of the border
Lecture by the activist Roni Keidar

عيش كلا جانبيين الحدود
محاضرة للناشطة روني كايدير عن عملها في
منطقة غزة - سديروت

Veranstalter*innen:
Palästina Initiative Region Hannover,
Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Nds., Alsharq e. V.

Veranstaltungsort:
FZH Lister Turm, Walderseestr. 100
Eintritt: frei

FILM MI, 14.11. | 18:00



„TASTE OF CEMENT“ - MIT GESPRÄCH (AYNOUNA E. V.)

Documentary followed by a discussion with experts from Aynouna e. V.

تذوق الإسمنت
وثائقي عن عمال بناء سوريين في الغربية في
بيروت وفي نهاية حوار مع خبراء من جمعية
عيننا الخيرية

Veranstalter*innen:
Hometown e. V., Kino am Raschplatz,
Aynouna e. V., Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung
Niedersachsen, kargah e. V.

Veranstaltungsort:
Kino am Raschplatz, Raschplatz 5
Weitere Termine:
Sa, 17.11. u. So, 18.11. um 12:00
Eintritt: 8 € / 7,50 €, WE: 9 € / 8,50 €

FILM MO, 19.11. | 18:00



„GLOBAL FAMILY“ - MIT GESPRÄCH (FLÜCHTLINGS-BÜRO / KARGAH E. V.)

Documentary followed by a discussion with experts from ‚Flüchtlingsbüro‘ (refugee office/kargah e. V.)

الاسرة العالمية
وثائقي عن حياة عائلة صومالية خلال وقيل
الهرب وفي النهاية حوار مع خبراء من مكتب
اللجوء (منظمة كاركاه)

Veranstalter*innen:
kargah e. V., Kino am Raschplatz,
Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Nds.,
Hometown e. V.

Veranstaltungsort:
Kino am Raschplatz, Raschplatz 5
Weitere Termine:
Sa, 24.11. u. So, 25.11. um 12:00
Eintritt: 8 € / 7,50 €, WE: 9 € / 8,50 €

Herkes xwedî mafê jiyân, azadî û ewleyiya şexsê xwe ye*

* Die Übersetzung finden Sie auf Seite 3

Gewalt gegen Frauen

(Psychische) Gewalt macht krank

Argi Nepienlidou, SUANA / kargah e. V.

„Es gab keine häusliche Gewalt, er wurde nur laut und hat mich beleidigt.“

Solche oder ähnliche Sätze hören wir immer wieder von Frauen, die wir proaktiv erreichen und beraten. Häusliche Gewalt wird - nach unserer langjährigen Praxiserfahrung - von betroffenen Frauen beziehungsweise auch von Institutionen sehr oft nur mit körperlicher Gewalt gleichgesetzt. Häusliche Gewalt hat viele Formen, und alle machen krank. Dabei äußert sich psychische Gewalt zum Beispiel in Beleidigungen, Erniedrigungen, Stalking oder (Mord-)Drohungen. Psychische Gewalt findet verborgen statt und ist nicht, wie die körperliche Gewalt, sichtbar und eindeutig.

Oft dauert es Jahre, bis betroffene Frauen erkennen, dass sie häusliche Gewalt erleben.

Diese berichten dann häufig von Schlafstörungen, Angstzuständen, Panikattacken, Konzentrationsstörungen sowie innerer Unruhe, welche ihren Lebensalltag stark beeinträchtigen. Wir erleben Frauen, die aufgrund jahrelanger psychischer Gewalt ihre Wohnung verlassen mussten, oft Mütter mit ihren Kindern, und / oder Frauen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. Durch die erlebte Gewalt gehen somit große Hürden für die betroffenen Frauen einher, um die sie sich kümmern müssen, neben dem psychischen Druck, der bereits auf ihnen lastet. Geht es um die Erwirkung eines Kontakt- und Annäherungsverbot nach dem Gewaltschutzgesetz, ist die Beweisführung bei psychischer Gewalt oftmals schwierig und anspruchsvoll. Somit stellt sich eine Doppellast für die Frauen dar, zum einen die psychische Gewalt und ihr damit einhergehender psychischer Zustand und zum anderen genau das



© kargah e. V.

ausreichend zu beweisen, um rechtlich dagegen vorgehen zu können.

In der Studie „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frau-

en und Jugend von 2004 wurde zudem auch die psychische Gewalt analysiert. Eine Erkenntnis ist, dass diese mit körperlicher Gewalt einhergeht und oftmals deren Vorstufe bildet. In diesem Zusammenhang ist der Studie zu entnehmen, dass

psychische Gewalt im gesamten Leben vor allem dann vorkommt, wenn körperliche oder sexuelle Gewalt bereits erfahren wurden. Frauen, die psychische Gewalt erleben oder erlebt haben, zeigen auch häufiger gesundheitliche Beschwerden. Lange Wartezeiten auf Therapieplätze kommen noch erschwerend hinzu.

Psychische Gewalt darf nicht bagatellisiert und ausgeblendet werden.

Es ist wichtig zu verdeutlichen, dass psychische Gewalt eine Straftat darstellt und genauso zur Anzeige gebracht werden kann und noch wichtiger, dass dies auch seitens der Justizbehörden ernst genommen wird. Psychische Gewalt findet in den meisten Fällen versteckt statt, sodass es für Außenstehende fast unmöglich ist, diese zu erkennen. Die Täter gehen strategisch vor. Umso wichtiger ist es, die damit verbundenen Folgen ins Bewusstsein der Gesellschaft hervorzuheben und (potenzielle) Opfer auch in der Präventionsarbeit darüber gezielt aufzuklären. Darüber hinaus ist es in diesem Kontext von großer Bedeutung, dass flächendeckend Fachkräfte im Gesundheitsbereich geschult werden, um adäquat an Fachberatungsstellen zu verweisen. Frauen sollten ermutigt werden, sich gegen psychische Gewalt zu wehren!

Kontakt: suana@kargah.de

Am 26.11. um 9:00 Uhr laden SUANA / kargah e. V., die AG-Migrantinnen (HAIP), das Referat für Frauen und Gleichstellung der Stadt Hannover und das Gleichstellungsteam der Region zum Fachtag „(Häusliche) Gewalt MACHT krank“ im Haus der Region (Hildesheimer Straße 18) ein.

Interview mit Adham B.

Ansichten und Perspektiven als (geflüchteter) Mann in Deutschland

Manfred Brink, G mit Niedersachsen (VNB e. V.)

Vor drei Jahren ist Adham aus Syrien nach Deutschland geflohen. Er weiß, welche Rechte Frauen in Syrien (nicht) haben. Für ihn ist klar: Er setzt sich hier und überall für die Gleichstellung der Geschlechter ein. Mit seinen differenzierten Erfahrungen aus zwei Welten und Zukunftswünschen möchte er dazu beitragen, oftmals ethnisierte und rassistische Diskurse über migrantische Männlichkeiten zu durchbrechen.

G mit Niedersachsen: Viele geflüchtete Männer treffen in Deutschland auf eine oftmals völlig neue Genderkultur. Wie wirkte das auf dich?

Adham: Ich wusste, dass es hier eine andere Genderkultur gibt. Die Frauen haben mehr Möglichkeiten und Rechte. Das hat mich positiv überrascht, wie stark die Frauen hier sind. In Syrien sind die Frauen auch stark, haben aber immer Angst. Die Mütter kümmern sich um die Kinder und die Väter arbeiten. Ich kannte das nicht, dass ein Mann auch nach den Kindern guckt.

Ich mag die Kommunikation zwischen Mann und Frau hier. Sie treffen zusammen Entscheidungen. Das Kind ist ihnen sehr wichtig und sie sprechen



© Manfred Brink

offen miteinander, so dass die Frau nicht diese typische Rolle spielt, sich nur um die Kinder zu kümmern.

„Viele Frauen in Syrien sind ungebildet. Aber sie haben Interesse, gebildet zu sein.“

G mit Niedersachsen: Wie zeigen sich Gegensätze, Unterschiede oder Gemeinsamkeiten im

Geschlechterverhältnis, wenn man Deutschland mit Syrien vergleicht?

Adham: In Syrien gibt es viele Fortschritte. Zum Beispiel bei den Studentinnen an den Universitäten. Sie haben viele Möglichkeiten. Die Probleme sind eher in kleinen Städten und Dörfern. Viele Frauen sind ungebildet, aber sie haben Interesse, gebildet zu sein. Oft sind die Mütter ungebildet, denn sie müssen sich um die Kinder kümmern. Sie geben den Kindern wenig Neues mit. Die Gesetze in Deutschland sind ein großer Vorteil. Das Scheidungsrecht zum Beispiel: In Syrien ist das ganz schwierig. Frauen kriegen nicht nur ein Problem mit dem Gesetz, sondern auch in der Gesellschaft. Die Gesellschaft will helfen, dass die Frau sich nicht trennt, sondern es nochmal probiert mit dem Mann.

In Syrien ist die Frau das Zentrum der Familie. Wenn die Familie kaputt ist, ist man als Person gescheitert.

„Meine Tochter soll gleichberechtigt groß werden und leben.“

G mit Niedersachsen: Frauen mussten in der Vergangenheit lange und harte Anerkennungskämpfe führen. Ihre Gleichstellung in Deutsch-

land ist noch lange nicht erreicht. Unterstützt du das Ziel der Gleichstellung?

Adham: Ich unterstütze das Ziel der Gleichstellung von Mann und Frau, weil ich nicht damit leben kann, dass meine Frau Angst hat vor irgendwas. Meine Tochter soll gleichberechtigt groß werden und leben.

G mit Niedersachsen: Wie können wir alle in Zukunft solidarisch zusammenleben? Hast du eine Utopie für ein gelingendes Miteinander?

Adham: Durch Respekt. Die Deutschen sollen sich vorstellen, wie es ist, ohne Familie als Geflüchteter nach Deutschland zu kommen. Diese Generation von Geflüchteten steht vor vielen Herausforderungen. Die neue Generation wird es einfacher haben. Wir müssen unsere Kinder so erziehen, dass sie zusammenleben wollen. Das ist unsere Aufgabe jetzt!

Das Interview wurde im Rahmen des Projektes der Bildungs- und Beratungsstelle „G mit Niedersachsen“ (VNB e. V.) „Rollenspielen - Über Geschlechterrollen gemeinsam reden“ geführt.

Kontakt: g-mit-niedersachsen@vnb.de

Verbindliche Normen schaffen

Relativierung der Menschenrechte?

Hiltrud Koch, Amnesty International

Die Entwicklung der Menschenrechte ist nicht abgeschlossen: Der klassische Katalog wurde bereits durch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte erweitert. Die Diskussion um die Anpassung an neue Entwicklungen und die Durchsetzung rechtlicher Verbindlichkeit sind ständige internationale Entwicklungsprozesse.

Kritik am Universalitätsanspruch

In ihrem Anspruch gelten die Menschenrechte für alle Menschen, überall, kulturunabhängig und jederzeit. Sie bilden ein Paket an Rechten, sie sind unteilbar, das heißt, sie bedingen sich gegenseitig.

Es gibt Bestrebungen, die universelle Gültigkeit zu relativieren, mit dem Hinweis auf besondere kulturelle Prägungen. Beispielsweise argumentiert die Regierung von Uganda, Homosexualität sei „unnatürlich“ und „unafrikanisch“. Von chinesischer Seite wird die Betonung des Individuums gegenüber der Gruppe moniert. Durch solchen Kulturrelativismus wird Kritik an staatlicher Diskriminierung und Verfolgung abgewiesen. Menschenrechtsverletzungen wird somit Vorschub geleistet. Immer wieder wird vorgebracht, westliche Rechtsvorstellungen von Freiheit, Gleichheit

und Menschenwürde würden in kulturimperialistischer Absicht anderen Kulturen als verbindliches Weltrecht aufgezwungen. Beispielsweise gebe es einen Widerspruch zwischen der Scharia und den Menschenrechten, insbesondere in Bezug auf Religionsfreiheit, Gleichstellung der Frau, Familienrecht und Körper-Strafen. Die innerislamische Debatte lässt bisher kein einheitliches Verständnis der Menschenrechte erkennen. Es bleibt eine Frage der Interpretation des Korans und der Scharia. Viele Muslime treten engagiert für die Achtung der Menschenrechte ein und sehen sie im Einklang mit den Grundaussagen des Korans.

Die Anerkennung der Menschenrechte als international geltende Normen - quer zu den verschiedenen Kulturen - setzt einen interkulturellen Dialog voraus, der auf der politisch-rechtlichen Ebene geführt werden muss. Die Auseinandersetzung um die Menschenrechte ist ein fortwährender Prozess.

Entwicklung internationaler Rechtsnormen

Zweifellos sind das Konzept und die Entwicklung der Menschenrechtsidee ein Ergebnis des westlich geprägten Aufklärungsgedankens. Über

Jahrhunderte wurden sie als Antwort auf Erfahrungen von Unrecht entwickelt und gegen Widerstände erkämpft. Aber in allen Kulturen existieren Ideen von Menschenwürde.

Mit Beitritt zur UNO sind alle Staaten die Verpflichtung eingegangen, den Menschenrechten in ihrem nationalen Rechtssystem Geltung zu verschaffen. Die Weltmenschenrechtskonferenz der UNO 1993 in Wien setzte erneut den Anspruch auf Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte fest.

Die völkerrechtliche Verankerung und die Entwicklung von Menschenrechten sind Ergebnis politischer Übereinkünfte zwischen Staaten. Die Orientierung an bindenden Normen in der Weltgesellschaft ist eine politische Notwendigkeit. Die Einigung auf ein Fundament internationalen Rechts auf Grundlage von Verträgen kann nicht infrage gestellt werden. Es bildet das Fundament des Zusammenlebens auf der Welt.

Und: Kein Stillstand!

Unabhängig von der Haltung ihrer Regierung fordern Menschen ihre Rechte ein, kreuz und quer auf der Welt. Überall entwickeln sich Bewegungen zur Einforderung von Rechten, zum Beispiel von Frauen, Indigenen, Migrant*innen ... sie verdienen unsere Unterstützung.

Kontakt: info@amnesty-hannover.de

Freiwillige im Einsatz

Menschenrechte - konkret in Palästina und Israel

Florian Giesel, Student der evangelischen Theologie

Es gibt kaum einen Konflikt, der intensiver und kontroverser besprochen wird als der Nahost-Konflikt. Das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) ist im wahrsten Sinne des Wortes ein „Begleitprogramm“. Die Teilnehmenden aus aller Welt verbringen drei Monate hauptsächlich in der Westbank und Jerusalem. Sie sind der Kern des Programms, welches auf Bitten der Kirchenoberhäupter in Jerusalem 2002 vom Ökumenischen Rat der Kirchen ins Leben gerufen wurde. Das Ziel ist es, zu einer Lösung des Nahost-Konflikts durch einen gerechten Frieden beizutragen und die israelische Besatzung zu beenden. EAPPI stützt sich dabei auf die Grundsätze des humanitären Völkerrechts und auf anerkannte Menschenrechte.

Aufgaben von Freiwilligen im Einsatz

Ein großer Teil der Aufgaben im Einsatz für EAPPI ist es, durch sichtbare Anwesenheit Schutz zu gewähren und Gewalt vorzubeugen, sowie das Verhalten israelischer Soldat*innen an gefährdeten Orten, wie zum Beispiel Schulen oder Checkpoints, zu beobachten und in Fällen von Missverhalten zuständige Organisationen und Behörden zu benachrichtigen. Außerdem begleiten Teilnehmende des Programms israelische und palästinensische Friedens- und Menschenrechtsaktivist*innen bei ihren Aktivitäten. Nicht weniger wichtig ist es aber, ein offenes Ohr für die Bevölkerung zu haben und deren Erfahrungen unter der Besetzung eine Stimme zu geben.

Ich habe an diesem Programm teilgenommen. Ich habe drei Monate in Bethlehem und den umliegenden Dörfern gelebt und mich täglich mit den Problemen auseinandergesetzt, die die Besatzung, der Siedlungsbau und der gesamte Konflikt mit sich bringen. Ich habe die Menschen in ihrem Alltag begleitet, habe ihnen zugehört und



© Florian Giesel

sie unterstützt. Ich habe mit den Betroffenen des Konflikts gelebt und gelitten und die fast unerträgliche Spannung zwischen dem legitimen Bedürfnis nach Sicherheit und dem ebenso berechtigten Bedürfnis nach einem Leben ohne Einschränkungen gespürt.

Zeuge werden – eine schwierige Aufgabe

Durch meine Teilnahme an EAPPI bin ich zu einem Zeugen geworden. Ich habe gesehen, wie das israelische Militär das Wohnhaus einer sechsköpfigen Familie zerstörte, wie es einem kleinen Dorf die einzige Stromquelle, eine Fotovoltaikanlage, konfiszierte und habe die Schikane palästinensischer Arbeiter im Checkpoint durch Soldat*innen miterlebt und auch am eigenen Leib erfahren. Genauso habe ich Israelis getroffen, die sich gegen alle Widerstände für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen.

Eines der wichtigsten Prinzipien von EAPPI ist Unparteilichkeit. Doch ich gebe zu, dass es mir

oft schwerfällt, ausgewogen zu sein. Der Versuch, aufs Ganze schauend neutral zu sein, dabei aber die menschlichen Dimensionen der erlebten Unterdrückung vor Augen zu haben, macht es so kompliziert. Unparteilichkeit heißt aber nicht, die Augen zu verschließen, beispielsweise vor Menschenrechtsverletzungen. Unparteilichkeit bedeutet für mich, die aktuellen Missstände deutlich zu benennen und mich für Gerechtigkeit und Frieden einzusetzen, zum Wohle aller Menschen in Palästina und Israel.

Florian Giesel hat von April bis Juni 2017 am EAPPI-Programm teilgenommen.

Kontakt: info@palaestina-initiative.de

Am 13.11. um 19:00 Uhr laden die Palästina Initiative und die Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Nds. zum Vortrag „Leben beiderseits der Grenze“ in das Freizeitheim Lister Turm (Walderseestraße 100) ein.

VORTRAG MI, 21.11. | 19:00



„DIE ROHINGYA – EIN HEIMATLOSES VOLK“

Mit Fotoausstellung von Subhrajit Bhattacharjee

The Rohingya – A Homeless People Photo exhibition with a lecture and music

الروهنگيا - شعب بلا وطن
معرض للصور عن حالة العيش للروهنگيا
من سوبهراجيت بهاتاياشارجي مع محاضرة
وموسيقى

Veranstalter*innen:

Initiative für Internationalen Kulturaustausch e. V., MigrantInnenSelbst-Organisationen Netzwerk Hannover e. V., Arbeitskreis Bangladesch in Niedersachsen, Faust e. V.

Veranstaltungsort:

Faust e. V. - Warenannahme, Zur Bettfedernfabrik 3
Eintritt: frei

BÜNDNIS-
VERANSTALTUNG

FR
23.11.
19:00

Menschenrechte - eine Idee und ihre Umsetzung auf dem Prüfstand

Human rights – an idea and its implementation under close scrutiny

حقوق الانسان - فكرة وتطبيقها على منصة الاختبار

Ausführliche Infos auf Seite 12

SA, 24.11.
14:00 -
19:00

WORKSHOPTAG

Aktiv für Menschenrechte!

Active for human rights! –

يوم ورشة العمل - نشيط لاجل حقوق الانسان

Ausführliche Infos auf Seite 12

FACHTAG

MO, 26.11.
09:00-13:00

(HÄUSLICHE) GEWALT MACHT KRANK

Fachtag zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

(Domestic) violence makes people ill. Symposium at the International Day against violence to women

العنف المنزلي يسبب المرض
مؤتمر لليوم العالمي لكفاح العنف ضد المرأة مع
محاضرات عن موضوع العنف المنزلي

Veranstalter*innen:

SUANA / kargah e. V., AG-Migrantinnen (HAIP) und das Referat für Frauen und Gleichstellung der Landeshauptstadt Hannover sowie das Gleichstellungsteam der Region Hannover

Veranstaltungsort:

Haus der Region, Hildesheimer Str. 18
Eintritt: frei

All human beings are born free and equal in dignity and rights*

* Die Übersetzung finden Sie auf Seite 3

Heimatlos

Die weltweit größte Flüchtlingskrise – weit weg von Europa

Johanna Lal, Initiative Internationaler Kulturaustausch e. V.

Knapp eine Million. Das ist die Zahl der Menschen, die in den letzten zwei Jahren aus Myanmar ins benachbarte Bangladesch geflohen sind. Sie gehören der Volksgruppe der Rohingya an, die Schätzungen zufolge etwa zwei Millionen Menschen umfasst und dem muslimischen Glauben angehört. Der größte Teil dieser Menschen lebte bis Ende 2017 in der Provinz Rakhine in Myanmar, wo ihnen nach wie vor die Anerkennung als Volk - und damit die Staatsbürgerschaft - verwehrt wird.

Beispiellose Fluchtbewegung der Rohingya

In den letzten Jahren mussten viele Rohingya in abgeriegelten Dörfern leben; willkürliche Angriffe seitens des Militärs nahmen zu. Der Konflikt eskalierte 2016 und ein zweites Mal im August 2017, als militante Rohingya-Rebellen ein paar Dutzend Soldaten und Polizisten angriffen. Das Militär, unterstützt von einigen buddhistischen Extremisten, reagierte mit beispielloser Gewalt, tötete allein im darauffolgenden Monat knapp 7.000 Menschen, darunter mindestens 730 Kinder, verübte Massengewalt und setzte knapp 300 Dörfer in Brand. Darauf folgte eine nahezu beispiellose Fluchtbewegung – hunderttausende Angehörige der Rohingya flohen in angrenzende Länder, nach Thailand, Indien und



© Subhrajit Bhattacharjee

vor allem nach Bangladesch. Weit weg von Europas Grenzen, weit weg von Deutschland und der medialen Öffentlichkeit, entwickelt sich die am schnellsten wachsende Flüchtlingskrise der Welt, noch dazu in einer der ärmsten und bevölkerungsreichsten Regionen der Welt. Bangladesch bildet damit keine Ausnahme – immerhin sind 85 % der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, von Entwicklungsländern aufgenommen worden.

Entsprechend prekär ist die Lage in den Flüchtlingslagern im bengalischen Cox's Bazar: Nahrungsmittel und Wasser kommen immer noch nicht bei allen an und die medizinische Versorgung der teilweise unterernährten, verwundeten und traumatisierten Menschen kommt nicht hinterher. Ein weiteres Problem: Die vielen Kinder

und Jugendlichen – darunter auch tausende Waisen –, die über 50 Prozent der dort angekommenen Flüchtlinge ausmachen, sind abgeschnitten von jeglicher Bildung und Beschäftigung.

Hilfe für jugendliche Geflüchtete

Wichtig sind da Organisationen wie das Bangladesh Institute of Theatre Arts (BITA): Die Organisation hat ein umfassendes Konzept an Workshop- und Freizeitangeboten in den Bereichen Kunst, Musik und Theater entwickelt, um den Kindern so etwas wie Sinnhaftigkeit und eine Perspektive zu geben in einer Situation, die vollkommen hoffnungslos scheint.

Zudem lernen sie Techniken, mit Traumata umzugehen, ihr Selbstvertrauen zu stärken und sich zu schützen vor Gefahren wie Radikalisierung, Ausbeutung und Missbrauch.

Eine Gruppe ohne Heimat

Eine Rückkehr der Menschen nach Myanmar gilt aufgrund der anhaltenden Bedrohungslage als ausgeschlossen – Amnesty International spricht von „ethnischer Säuberung“ und einem „Apartheidssystem“, vor dem die Menschen nach wie vor jeden Tag fliehen. Doch Bangladesch fehlen die Kapazitäten, den Geflüchteten eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen. Und so werden die Rohingya auf absehbare Zeit ein unerwünschtes Volk bleiben, welches eine Heimat verloren hat, die eigentlich keine Heimat gewesen ist.

Der IIK e. V. sammelt Spenden für die Arbeit der BITA – Spenden mit dem Betreff „Rohingya“ an: (IBAN) DE53 2505 0180 0000 5051 96.

Kontakt: info@iik-hannover.de

Am 21.11., 19 Uhr laden der IIK e. V. und MiSO e. V. zu der Veranstaltung „Die Rohingya – Ein heimatloses Volk“ in der Warenannahme bei Faust e. V. (Zur Bettfedernfabrik 3) ein.

Rohstoff Nickel

Ein Beispiel für fehlende Verantwortung in Lieferketten

Nina Gawol, Julian Cordes, Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e. V.

Zambales ist eine Provinz an der Westküste der größten Insel der Philippinen. Dort lebten die Menschen Jahrhunderte von der Fischerei und vom Mangoverkauf. Der direkte Zugang zum Südchinesischen Meer und die vielen Flüsse boten den Landwirt*innen auch hervorragende Bedingungen für die Reisproduktion. Die Menschen lebten von und mit der Natur, bis Mitte der 2000er Jahre zeitgleich vier Nickel-Bergbauunternehmen in Zambales Abbaugenehmigungen erhielten.

Nickel befindet sich normalerweise einen Meter unter der Erdoberfläche. Deshalb wird beim Tagebau die Oberfläche abgetragen. Auch in Zambales mussten viele Pflanzen und Bäume dem

Abbau weichen. Zurück blieben kahle Berge und unfruchtbare Böden. Denn das saure Grubenabwasser – ein Nebenprodukt – hatte massive Auswirkungen auf das Pflanzenwachstum und verursachte Fisch- und Krebstiersterben. Den Einwohner*innen von Zambales wurde ihre Lebensgrundlage entzogen.

Bedeutung des Rohstoffs Nickel

Nicht nur in Zambales, sondern auch in fast allen anderen nickelabbauenden Staaten kam es

zu Menschenrechtsverletzungen. Nickel ist trotz wiederkehrender Berichte kein kritischer Rohstoff, für die deutsche Wirtschaft dafür ein wichtiger. In Niedersachsen wird rostfreier Edelstahl vor allem in der Automobil- und Bauindustrie verwendet. Nickellegierungen finden sich in Flugzeugturbinen, elektrotechnischen Geräten, Ventilen und Katalysatoren. In Elektroautos werden Lithium-Ionen-Batterien verbaut, die hauptsächlich aus Nickel und Graphit bestehen. Damit ist Nickel ein kleiner, meist unsichtbarer Bestandteil vieler Produkte.

Die NGO Powershift untergliedert die Lieferkette in vier Bereiche: In den Abbau, die Schmelzpro-

duktion, die Weiterverarbeitung und das Recycling. Nach dieser Einteilung werden deutsche Unternehmen nur in den letzten beiden Bereichen aktiv. Sie müssen keinen Nachweis darüber erbringen, unter welchen Bedingungen Nickel für ihre Verwendung abgebaut wurde. Inwieweit beispielsweise die Salzgitter AG Nickel aus den Philippinen verwendet, ist nicht nachweisbar. Sensibilität gegenüber Menschenrechtsverletzungen in der gesamten Lieferkette zu schaffen, ist deshalb eine große Herausforderung.

Verantwortung für Unternehmen

An dieser Stelle ist die Politik gefordert, sowohl auf Landes- als auch Bundesebene. Die Politik sollte sich bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte für eine gesetzliche Verankerung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten für Unternehmen einsetzen. Bisher setzt die Bundesregierung auf Selbstverpflichtungen. Wenn Unternehmen Sorgfaltsprozesse systematisch in ihre Geschäftstätigkeiten integrierten, würde dies die Transparenz auch zu den Abbaubedingungen von Nickel erhöhen.

Das Land Niedersachsen kann sich im Bundesrat für eine gesetzliche Verankerung einsetzen. Außerdem kann es selbst durch seine Beteiligungen an unterschiedlichen Unternehmen, wie zum Beispiel der Volkswagen AG und Salzgitter AG, aktiv werden. Hier kann es Einfluss auf Unternehmenstätigkeiten nehmen und Vorgaben für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten entlang Lieferketten proaktiv einfordern.

Kontakt: cordes@ven-nds.de



© Alyansa Tigil Mina

Benito E. Molino, Aktivist von Alyansa Tigil Mina und der Concerned Citizens of Sta. Cruz, Zambales (Philippinen)

Gewalt und staatliche Überwachung

Ist die Presse in Deutschland noch frei?

Jürgen Castendyk, Welt-in-Hannover.de

In demokratischen Ländern wird die Pressefreiheit durch die Verfassungen geschützt. Reporter ohne Grenzen (RoG) stuft die Freiheit der Presse in Deutschland in der Rangliste der EU-Staaten nur im Mittelfeld ein.

2017 zählte RoG mindestens 16 gewalttätige Angriffe auf Journalist*innen. Ein Großteil der Übergriffe ereignete sich im Zusammenhang mit Protesten vor und während des G20-Gipfels im Juli in Hamburg. „Mehrere Journalist*innen von Demonstrierenden angegriffen oder von Pfefferspray und Wasserwerfern der Polizei getroffen, obwohl sie deutlich als Medienschaffende erkennbar waren“, berichtet RoG.

Exiljournalist*innen werden beleidigt und bedroht

Besonders herausgestellt werden die Morddrohungen gegenüber Journalist*innen, die vor Repressionen und staatlicher Verfolgung in ihren Heimatländern nach Deutschland geflohen sind. Zwei aus der Türkei geflohene Journalisten hatten im Januar 2017 das zweisprachige Online-Medium Özgürz gegründet. Das gemeinnützige Journalistenbüro Correctiv nahm die Redaktion von Özgürz in ihre Bürogemeinschaft auf. Nachdem das türkische Staatsfernsehen darüber berichtet hatte, erhielten die Redakteur*innen von Özgürz Morddrohungen von türkischen Nationalist*innen. Das Redaktionsgebäude von Correctiv in Berlin musste zeitweise von der Polizei geschützt werden. Ähnliche Erfahrungen mussten auch andere Redaktionen machen.

Überwachung und Abschreckung

Anfang 2018 trat das Bundesnachrichtendienst (BND)-Gesetz in Kraft. „Es ermöglicht dem Geheimdienst, völlig legal die gesamte Kommunika-



Den ganzen Artikel lesen auf Welt-in-Hannover.de http://welt-in-hannover.de/index.php?article_id=540&clang=0

tion von Journalist*innen, ganzen Redaktionen oder Verlagshäusern im außereuropäischen Ausland zu überwachen, wenn es im politischen Interesse Deutschlands liegt. Schutzrechte für ausländische Journalist*innen gibt es nicht“, so kritisiert RoG das Gesetz. Da ist es nur folgerichtig und notwendig, dass RoG eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht hat.

Ausschluss unliebsamer Journalist*innen

Bei einem von der AfD organisierten Kongress im Januar 2017 in Koblenz wurde auch Journalist*innen der öffentlich-rechtlichen Sender der Zutritt verweigert. Begründung: Es werde keine faire und ausgewogene Berichterstattung erwartet. RoG berichtet aber auch von Bürgermeister*innen, die jede Zusammenarbeit mit der örtlichen Presse ablehnten, weil ihnen „Falsch-

meldungen, Ungenauigkeiten und Vermutungen“ vorgeworfen wurden.

Recherchieren, anklagen, unterstützen

Die Nichtregierungsorganisation (NGO) Reporters sans frontières wurde 1985 in Paris gegründet. Sie ist ein globales Netzwerk. Die deutsche Sektion entstand 1994 und hat als unabhängiger Verein ihren Sitz in Berlin. Nach eigener Aussage dokumentiert RoG Verstöße gegen die Presse- und Informationsfreiheit weltweit und alarmiert die Öffentlichkeit, wenn Journalist*innen und ihre Mitarbeiter*innen in Gefahr sind. „Wir kämpfen online wie offline gegen Zensur, gegen den Einsatz sowie den Export von Zensur-Software und gegen restriktive Mediengesetze.“

Kontakt: redaktion@welt-in-hannover.de



Gedicht

von Mohaned Tobya

ماذا نكون Was sind wir?

سنكسر القيود
ونبعد الأذى من الوجود
ونحمل في أيدينا الورود
ونقول إننا للسلام والحياة محبون...
كالفرشاة نهييم على الغصون
كالطيور نحلق في الفضاء المسكون...
نكتب على راحة يدينا أسماء الزهور
لنتذكر إننا كالزهور
تحمل في أحشاءها العطور
وتنثره على المكان المقفور
وتجعل منه مكاناً مبهوراً
بسحر يبهز العقول

Wir werden die Fesseln brechen und Schaden von der Existenz fernhalten und Rosen in unseren Händen tragen und sagen, wir sind in das Leben und den Frieden verliebt ...

Wie Schmetterlinge umfliegen wir die Äste, wie Vögel gleiten wir im bewohnten Raum ...

Wir schreiben auf der Handfläche die Namen der Blumen, um uns zu erinnern, dass wir wie Blumen sind, die in ihrem Innern Parfüm tragen und es zerstäuben in den verlassenen Ort. Und ihn dadurch zu einem schillernden Ort machen, mit einer Magie, die den Geist verwundert.

FILM

MI, 28.11. | 18:00

„IN HER FOOTSTEPS“ - MIT GESPRÄCH (REGISSEURIN RANA ABU FRAIHA)

Hebr., Arab. mit englischen UT

Film followed by a talk with the director Rana Abu Fraiha (original with English subtitles)

في خطواتها (الأصلي مع الترجمة الانكليزية) فيلم عن حياة عائلة مسلمة في المدينة الصغيرة اليهودية عمر وفي الختام حوار مع المخرجة رانو ابو فريحة

Veranstalter*innen:

Hometown e. V., Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Nds., Alsharq e. V., Kino am Raschplatz, kargah e. V.

Veranstaltungsort:

Kino am Raschplatz, Raschplatz 5
Eintritt: 8 € / 7,50 €

DEZEMBER

FILM

MI, 05.12. | 18:30



„KRISIS“ - MIT EINFÜHRUNG VON DR. GREGOR KRITIDIS (ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG)

„Krisis“ - Film with an introduction by Dr. Gregor Kritidis (Rosa-Luxemburg-Stiftung)

الازمة

فيلم عن المشاكل في اليونان
2015/2016 وتعريف من د. جورج كريديس
(مؤسسة روزا لوكسمبورغ)

Veranstalter*innen:

kargah e. V., Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, Kino am Raschplatz, Hometown e. V., Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen

Veranstaltungsort:

Kino am Raschplatz, Raschplatz 5
Weitere Termine: Sa, 01.12. u. So, 02.12. um 12:00
Eintritt: 8 € / 7,50 €, WE: 9 € / 8,50 €

VORTRAG

DO, 06.12. | 19:00

„SPIELWIESE MENSCHENRECHTE!“

Zivilgesellschaftliche Chancen und Rückschläge durch Sportgroßereignisse. Diskussion mit Referent Ronny Blaschke.

„Playing Field Human Rights!“

Civic chances and setbacks through popular sports events“ - Lecture and discussion with Ronny Blaschke

ساحة للعب حقوق الانسان؟! فرص المجتمع المدني والنكسات خلال الاحداث الرياضية محاضرة ونقاش مع روني بلاشكة عن انتهاكات حقوق الانسان في كاس العالم 2018 في روسيا

Veranstalter*innen:

FZH Linden, FZH Vahrenwald

Veranstaltungsort:

Vereinsgaststätte SC Elite,
Stadionbrücke 5
Eintritt: frei

Todo individuo tiene derecho a la libertad de opinión y de expresión*

* Die Übersetzung finden Sie auf Seite 3

Einschränkung von Bürger*innenrechten

Ein neues Polizeistaatsgesetz für Niedersachsen

Melanie Micudaj, Kulturzentrum Pavillon

Nach anderen Bundesländern bekommt jetzt auch Niedersachsen ein menschen- und bürgerrechtsfeindliches neues Polizeigesetz. Auf dessen Grundlage werden nach dem aktuellen Entwurf demokratische Freiheitsrechte eingeschränkt, polizeiliche Befugnisse erheblich ausgeweitet und polizeilicher Willkür Tür und Tor geöffnet.

Nach dem Willen von SPD und CDU sollen Polizist*innen nicht mehr nur Straftaten verfolgen, nachdem sie begangen wurden, sondern schon dann, wenn sie die Ansicht vertreten, es würde über sie nachgedacht. Wie das geht?

Erweiterte Polizeirechte

Die Polizei erhält das Recht, Personen, von denen sie behauptet, es seien „Gefährder“, mit Aufenthalts- und Kontaktverboten sowie Meldeauflagen zu versehen. Mit dieser Behauptung werden dann im gesellschaftlichen Einverständnis – denn alle haben Angst vor dem „Gefährder“ - dieser Person die bürgerlichen Rechte entzogen. Die Polizei kann zur Durchsetzung der Aufenthalts- und Kontaktverbote auf Dauer und ohne richterlichen

Beschluss der/dem angeblichen „Gefährder*in“ eine elektronische Fußfessel anlegen oder sie/ihn mit richterlichem Beschluss bis zu 74 Tage im „Präventivgewahrsam“ einsperren. Die Polizei, Exekutive, nicht Judikative, darf nun also bald sowohl Strafen verhängen als auch umsetzen und das gegen Personen, die im juristischen Sinne unschuldig sind. Schöne neue Welt.

Sie kann dem Auftrag, Personen zu identifizieren, die in Zukunft vorhaben, Straftaten zu begehen, nur dann nachkommen, wenn sie flächendeckend überwacht und eine eines zukünftigen

Verbrechens verdächtige Zielperson permanent bespitzelt. Mit einer Ausweitung des Zugriffs auf Videoüberwachung und der Möglichkeit der digitalen Totalüberwachung mittels Trojaner gegen Personen, die keine Straftat begangen haben (sowie deren Umfeld, wenn nötig), sollen Polizist*innen folgerichtig weiteren Zugriff auf geheimdienstliche Mittel erhalten.

Eingeschränkte Kontrolle von Polizeigewalt

Des Weiteren bekommen niedersächsische Polizist*innen demnächst auch Taser (Elektroschockgeräte), die dafür bekannt sind, dass sie die eine oder andere Person mit gesundheitlicher Einschränkung schon mal töten. Ihre neue Bodycam müssen sie allerdings nicht einschalten, wenn sie selbst gefährlich oder tödlich wirken, sondern nur, wenn sie sich bedroht fühlen.

Und für alle, die sich noch an die Debatte zur Kennzeichnungspflicht von Polizist*innen erinnern, um sie im Fall von Fehlverhalten, Beleidigungen, Machtmissbrauch oder Gewaltexzessen identifizierbar zu machen: Solche Pläne, wie sie von nationalen und internationalen Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen gefordert werden, sind natürlich vom Tisch.

Eine demokratisch nicht kontrollierte und kontrollierbare Polizei als Teil eines autoritärer werdenden Staates, die zudem mit geheimdienstlichen Mitteln ausgestattet ist, richtet sich, historisch betrachtet wie aktuell, immer gegen zum Beispiel durch Rassismus oder Armut marginalisierte Personen und unliebsame Oppositionelle. Dagegen kann es keine politische Strategie sein, es dem Bundesverfassungsgericht zu überlassen, diesen Entwicklungen Einhalt zu gebieten.

Mehr Informationen zum neuen niedersächsischen Polizeigesetz gibt es unter anderem unter freiheitsfoo.de.

Kontakt: info@pavillon-hannover.de



Soziale Rechte

Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung

Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Die Menschenrechte wurden 1948 als Antwort auf Gewalt- und Unrechtserfahrungen formuliert. Die Idee, dass alle Menschen auf der ganzen Welt gleichermaßen ein Recht auf Bildung haben sollten, war damals nahezu bahnbrechend. Von der Absichtserklärung bis zur tatsächlichen Umsetzung ist es jedoch ein langer Weg. In vielen Gesellschaften ist Bildung immer noch ein Luxusgut oder Privileg von Wenigen, die es sich leisten können.

Im der Sammlung der Menschenrechte hat das Recht auf Bildung eine besondere Bedeutung: Alle Menschen sollen ihre Persönlichkeit entfalten und in der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten gestärkt werden. Das Recht auf Bildung wird daher auch Recht auf Menschenrechtsbildung genannt, weil es zur Förderung aller Menschenrechte beiträgt.

Die (unverbindlichen) Kernforderungen des Rechts auf Bildung sind in der Erklärung deutlich genannt: *Grundbildung soll verpflichtend und unentgeltlich sein, kein Kind darf diskriminiert wer-*

den, den Erziehungsberechtigten wird weitgehende Mitbestimmung bei der Auswahl der Bildungsangebote eingeräumt.

Hehre Ziele gesetzt

Die UNESCO hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Recht auf Bildung weltweit durchzusetzen. Auf dem Weltbildungsforum (2000) in Dakar, Senegal, formulierten 164 Staaten sechs Bildungsziele, die bis zum Jahr 2015 zu erreichen waren. Die Liste reichte von Verbesserung der frühkindlichen Bildung über Basisqualifikationen und mehr Lernchancen für Mädchen bis zu allgemeinen Qualitätsverbesserungen in der Bildung. *Dieses Versprechen der internationalen Staatengemeinschaft wurde nicht eingelöst.*

Eine Gegenüberstellung zeigt, woran es scheitert: Würden die reichen Länder lediglich den Gegenwert ihrer Militärausgaben für sechs Tage in die Grundbildung der armen Länder investieren,

könnte die Finanzierungslücke von circa 16 Milliarden Dollar geschlossen und eine Einschulung aller Kinder weltweit bis 2015 erreicht werden (laut UNESCO-Bericht von 2011).

Auch Deutschland benachteiligt bestimmte Kinder

Wie sieht es aber in Deutschland aus? 2006 besuchte UN-Sonderberichterstatter Muñoz unser Land. Das Ergebnis: Er kritisierte das deutsche, gegliederte Schulsystem als „selektiv“, da es bestimmte Gruppen deutlich benachteiligt und damit zu ihrer Diskriminierung führe.

In kaum einem anderen reichen Land ist der Bildungserfolg eines Kindes so stark von der sozialen Situation seiner Familie abhängig wie in Deutschland. Besonders betroffen von dieser Segregation sind Kinder mit Migrationshintergrund. Auch für nach Deutschland geflüchtete Kinder, Jugendliche und Erwachsene ist der Zugang zu Bildung hohen Beschränkungen unterworfen. Denn mit einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung (Duldung) oder ganz ohne Aufenthaltsstatus haben

sie nur eingeschränkte oder überhaupt keine Bildungsangebote.

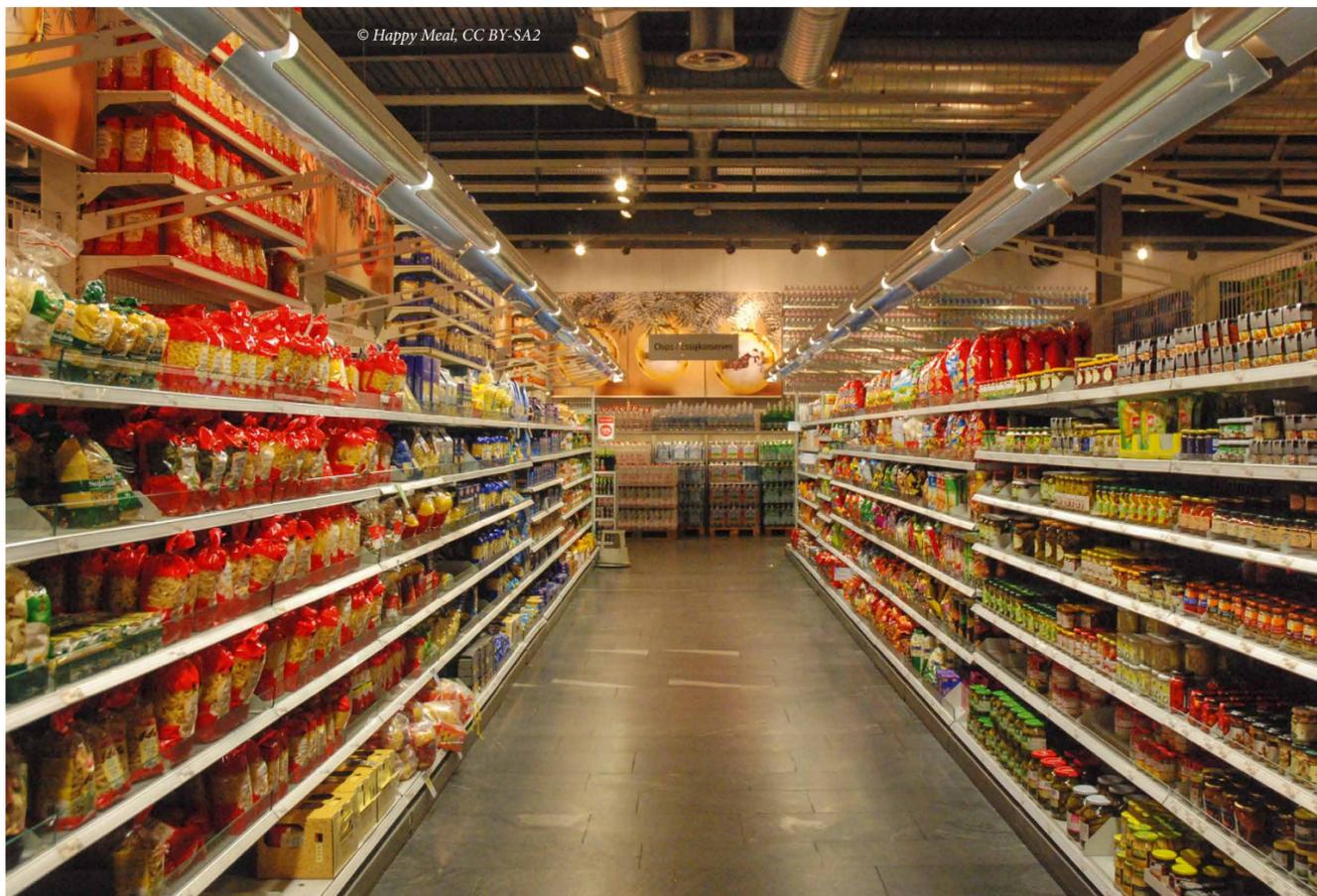


Es ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte, wenn junge Geflüchtete keinen Zugang zu kostenfreier Bildung haben. Es ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte, wenn Kinder aufgrund von Behinderung oder Migrationshintergrund Diskriminierungen im Bildungssystem unterliegen. Es ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte, wenn arme Menschen keine Möglichkeit zum Internetzugang besitzen und damit von allgemein zugänglichen Informations- und Wissensangeboten ausgeschlossen werden.

Kontakt: uwe.kreuzer@paritaetischer.de

Mehr Informationen zur paritätischen Kampagne „Mensch, Du hast Recht! – 70 Jahre Menschenrechtscharta“ gibt es im Internet unter www.paritaet.org.

 **DER PARITÄTISCHE**
NIEDERSACHSEN



© Happy Meal, CC BY-SA2

Nachhaltigkeit und Konsum

Weltrettung im Supermarkt – wie ethischer Konsum ein unethisches System stützt

Kathrin Hartmann, Journalistin und Autorin von „Die grüne Lüge. Weltrettung als profitables Geschäftsmodell“ (Blessing 2018)

Wenn man bei Google das Wort „nachhaltig“ eingibt, erhält man 16 Millionen Treffer. Wenn man in den Ergebnissen stöbert, stellt man schnell fest: Alles, was einmal als schädlich und schändlich galt, dient heute der Weltrettung. Thunfischsteaks, dicke Autos, die Formel 1, Aktienfonds, Flugreisen, Pelzmäntel, Gemüse aus Südspanien, Pflanzensprit, Palmöl, gentechnisch verändertes Soja, Kohlekraft, Staudämme, Erdöl aus der Arktis – all das gibt es heute in „nachhaltig“, „grün“ oder „verantwortungsvoll“.

Auf verstörende Art und Weise haben sich Großkonzerne der Bilder und Begriffe der Umweltbewegung bemächtigt und schieben, Hand in Hand mit der Politik, die Verantwortung auf den Bürger. Als sei es die Aufgabe des Einzelnen, sich im Supermarkt zwischen Ausbeutung und gerechten Löhnen zu entscheiden und nicht die der Politik, dafür zu sorgen, dass es in der Lieferkette zu Menschenrechtsverletzung und Naturzerstörung gar nicht erst kommt.

Scheinlösung ethischer Konsum

Die sogenannte Konsumentendemokratie entspricht der neoliberalen Ideologie von Alterna-

tivlosigkeit und Eigenverantwortung und schickt die Menschen in einen moralischen Wettbewerb: die „guten“ gegen die „bösen“ Konsument*innen. Als Letztere gelten oft jene, die gar nicht die finanziellen Mittel für Konsum, geschweige denn ethischen, haben. Niedrige Lebensmittel- und Konsumgüterpreise, auf die Arme und Geringverdiener*innen angewiesen sind, ermöglichen es dabei, die Löhne möglichst gering und den Konsum hoch zu halten.

„In unerträglichen Verhältnissen zu leben, darin permanent unerträgliche Effekte zu produzieren und es sich trotzdem schönzureden“ – diese „intelligente Form des Selbstbetrugs“ ist einer der Mechanismen, die der Externalisierungsgesellschaft eingeschrieben sind. Mit diesem Begriff beschreibt Stephan Lessenich, Professor für Soziologie an der LMU in München, in seinem Buch „Neben uns die Sintflut“ (2017), wie der westliche Wohlstand grundsätzlich zulasten der Länder des Südens geht, weil die ökologischen und sozialen Kosten von Wirtschaftswachstum und Konsum systematisch dorthin abgewälzt werden. „Wir leben nicht über unsere Verhältnisse, wir leben über die Verhältnisse anderer. (...) Wir lagern Armut und Ungerechtigkeit aus, im kleinen wie im großen Maßstab.“

Um die Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse zu ändern, bräuchte es einen kollektiven Aufstand gegen das System, auf den wiederum eine radikale Änderung der Lebensweise des Westens folgen müsste. Es gibt kein richtiges Einkaufen im falschen Weltwirtschaftssystem. Der Kapitalismus lässt sich nicht mit seinen eigenen Waffen schlagen. Er inkorporiert alles, auch Protest und Kritik. Er macht sie zur Ware, konsumierbar, und stärkt sich damit selbst.

Globaler Widerstand

Doch der globale Widerstand gegen die Ausbeutungsverhältnisse wächst: Es gibt die Kleinbauernbewegungen, den Protest gegen erpresserische Freihandelsabkommen, die Besetzungen von Kohlekraftwerken und Tagebauen, den Widerstand gegen Massenmastanlagen, industrielle Landwirtschaft und gentechnisch verändertes Saatgut.

Ebenso gibt es gerichtliche Klagen gegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung und die Bewegungen, die weltweit dafür kämpfen, dass Öl und andere fossile Rohstoffe im Boden bleiben. Jede Graswurzelinitiative, in der gerechte und übertragbare Alternativen zu den herrschenden Konsum-, Produktions- und Alltagsmustern entwickelt werden, hilft, praktische Erfahrungen zu sammeln und sich vom herrschenden System zu emanzipieren.

Ein Beispiel ist die solidarische Landwirtschaft, in der Bürger*innen und Bäuer*innen gemeinsam bestimmen, was zu welchen Bedingungen angebaut und zu welchen Preisen weitergegeben wird. Solchen globalen Bewegungen, die für ökologische und soziale Gerechtigkeit kämpfen, dieser, wie es Jean Ziegler sie nennt, „planetarischen Zivilgesellschaft“, können wir uns anschließen. Jederzeit.

Stark gekürzt, zuerst erschienen in LuXemburg 01/2018 Mai 2018

Kontakt: Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, kontakt@rls-nds.de



§ 4 Verbot der Sklaverei und Leibeigenschaft

Warum gehorchen?
Jeder Mensch entscheidet selbst
über sein Leben.

Haiku

von Anja Lutz

AUSSTELLUNG FR, 07.12. | 18:00

„GEGEN DAS VERGESSEN“ – AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG

Zum Gedenken an Aktivist*innen und Künstler*innen, die vor 20 Jahren im Iran ermordet wurden. Zusätzlich: Diskussion am Samstag, 08.12., 16:00 Uhr (auf Persisch)

Lest We Forget
Art exhibition in memory of human rights activists, artists, and journalists who were murdered in Iran 20 years ago. Further discussion on Saturday, 08.12., at 4pm (in Persian)

ضد النسيان
معرض فني في ذكرى الناشطين والنشطات في مجال حقوق الانسان والفنانات وكذلك الصحفيين والصحفيات الذي تم اغتيالهم قبل ثلاثين عام في ايران . مع الفنانون والفنانات
فعالية نقاش اضافية حول نفس الموضوع في يوم السبت، 08.12، الساعة 16:00 في منظمة الكاركاه. (بالفارسي)

Veranstalter*innen:
kargah e. V., Forum der iranischen Demokrat*innen und Sozialist*innen in Hannover

Veranstaltungsort:
kargah e. V., Zur Bettfedernfabrik 1
Eintritt: frei

VORTRAG MO, 10.12. | 19:00

„ES GEHT UM MEHR ALS DAS ASYLRECHT“

Die menschenrechtlichen Grundlagen Europas und die Realität. Vortrag von Günter Burkhardt (Pro Asyl).

Lecture by Günter Burkhardt, Manager of Pro Asyl (pro asylum)

المسألة أبعد من مسألة حق اللجوء: أساسيات حقوق الانسان التي لأوروبا والواقع (Pro Asyl) محاضرة من قبل غونتر بوركارت، وهو المدير العام لمنظمة برو أزل

Veranstalter*innen:
Amnesty International,
Haus der Religionen

Veranstaltungsort:
Haus der Religionen, Böhmerstr. 8
Eintritt: frei

FILM MI, 12.12. | 18:00

„WELCOME TO SODOM“ - MIT GESPRÄCH

Documentary followed by a talk with Katharina Debring (WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V., Lower Saxony)

مرحبا بكم في سدوم
فيلم وثائقي وفي النهاية نقاش مع خبراء اتحاد سياسة التنمية في سكسونيا السفلى عن أكبر مكب للنفايات لاوروبا في وسط افريقيا وعن الخاسرين من الثورة الرقمية

Veranstalter*innen:
Verband Entwicklungspolitik Nds. e. V., Hometown e. V., Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Nds., kargah e. V.

Veranstaltungsort:
Kino am Raschplatz, Raschplatz 5
Weitere Termine: Sa, 08.12. u. So, 09.12., 12:00
Eintritt: 8 € / 7,50 €, WE: 9 € / 8,50 €

Bündnisveranstaltung

Menschenrechte – Eine Idee und ihre Umsetzung auf dem Prüfstand

70 Jahre Menschenrechte: Wir schauen genau hin! Sprechen wir alle vom Gleichen, wenn wir über Menschenrechte reden? Wir haben Menschenrechtsprofessorin Prof. Dr. Nivedita Prasad und Autor Miltiadis Oulios zu einem Streitgespräch eingeladen. Sie diskutieren politisch, philosophisch und kontrovers über das Konzept der Menschenrechte.

Mit Musik und Vorstellung des Bündnisses Hannover „Menschenrechte grenzenlos“.



© Erik Marquardt, sea-watch.org

Workshoptag

Aktiv für Menschenrechte! – Aktions- und Workshoptag

Wir laden dazu ein, in vier Workshops vielfältige Strategien des Aktivismus zum Thema Menschenrechte mit uns zu diskutieren und gemeinsam politisch und kreativ aktiv zu werden.

Workshop-Programm

1. „Human rights between democracy and hypocrisy - Welchen Herausforderungen stellen sich Aktivist*innen hier?“ (auf Englisch & Arabisch)
2. „Menschenrechte und soziale Arbeit im Kontext des Integrationsregimes“
3. „Gegen die Abschottung Europas“ – Austausch mit Aktivist*innen der Seenotrettung
4. „Ziviler Aktivismus in Syrien“ (auf Deutsch & Arabisch)

Anmeldung bis zum 15.11.2018 unter: laura.heda@kargah.de

Human rights – an idea and its implementation under close scrutiny

70 Years human rights: We take a close look. Are we all on the same page when we talk about human rights? We have invited human rights professor Prof. Dr. Nivedita Prasad and author Miltiadis Oulios to a controversial discussion. They will discuss politically, philosophically and controversially about the concept of human rights.

With music and an introduction by the “Menschenrechte grenzenlos” – Association Hannover

Active for human rights! – Workshop Day

We invite you to discuss diverse strategies of activism in four workshops about human rights:

1. “Human rights between democracy and hypocrisy – What challenges do the activists face here?” (in English & Arabic)
2. “Human rights and social work in the context of the integration regime.”
3. „Against the isolation of Europe – Exchange of views with activists of the sea rescue service“
4. “Civil activism in Syria “(in German and Arabic)

Registration by 15.11.2018 at: laura.heda@kargah.de



©Nivedita Prasad

حقوق الانسان -

فكرة وتطبيقها على منصة الاختبار تحالف الفعالية

سبعون سنة حقوق الانسان : نحن ننظر بتمعن اكثر ! أنتكلم عن الشيء نفسه عندما نتحدث عن حقوق الانسان؟ لقد قمنا بدعوة كلا من البروفسورة في حقوق الانسان بروف.د. نفيديتا براساد والكاتب ملتيا داس اوليوس الي جدال كلامي . سيتحدثون سياسيا وفلسفيا وجدليا عن مفهوم حقوق الانسان

مع موسيقى و تعريف عن تحالف هانوفر حقوق الانسان بلا حدود



©Miltiadis Oulios

يوم ورشة العمل _ نشيط لاجل حقوق الانسان

نحن ندعو لمناقشة استراتيجيات متنوعة للفعالية فيما يتعلق بموضوع حقوق الانسان في اربع حلقات للعمل:

1. حقوق الانسان بين الديمقراطية والنفاق , اي صعوبات يواجه الناشطون والناشطات ؟ (بالعربي والالمانى)
2. حقوق الانسان والعمل الاجتماعي في سياق نظام الاندماج
3. ضد اغلاق اوروبا . تبادل مع ناشطون وناشطات الانقاذ البحري
4. نشاط مدني في سوريا (بالعربي والالمانى)

التسجيل حتى 15.11.2018 على البريد التالي: laura.heda@kargah.de

Im Rahmen der Kampagne 'Mensch, du hast Recht!' von: Der Paritätische – Gesamtverband, gefördert von: Die GlücksSpirale

Freizeitheim Linden, Hometown e. V., kargah e. V., Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen, Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e. V., Umbaja e. V. .

Gefördert vom: Integrationsbeirat Linden Limmer, BMFSFJ im Rahmen des Programms 'Demokratie Leben!'

Fr, 23.11. | 19:00 Uhr

Kulturzentrum
Pavillon
Eintritt: frei

Lister Meile 4
30161 Hannover

Sa, 24.11. | 14:00 - 19:00 Uhr

Freizeitheim
Linden
Eintritt: frei

Windheimstraße 4
30451 Hannover

BÜNDNIS HANNOVER

MENSCHENRECHTE GRENZENLOS



Bündniszeitung
MENSCHENRECHTE GRENZENLOS

Redaktion:
Kathrin Apelt, Laura Heda, Hiltrud Koch, Ralf Kopka,
Silke van Laak, Anja Lutz, Jutta Meyer-Wiedenbach,
Viktoria Schabli

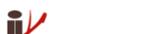
Projektleitung: Laura Heda, Kathrin Apelt, kargah e. V.
Gestaltung: Julius Paul, D. Czepurnyi, kargah e. V.
Druck: Druckzentrum Braunschweig
Auflage: 19.000 Exemplare

Argus print media Verlag (UG), Hannover

Mehrsprachiges Programm + Infos:
www.menschenrechte.kargah.de

Für die Artikel und das dazugehörige Bildmaterial
zeichnen sich die jeweiligen Autor*innen verantwortlich.

Medienpartner: Welt-in-Hannover.de



gefördert von: Landeshauptstadt Hannover Fachbereich Kultur